



das wochen nd

Till Bastian: Im
Treibhaus überleben

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 23./24. März 2013 68. Jahrgang/Nr. 70 • Bundesausgabe 1,90 €, Auslandspreis 1,80 €

Rot-Rot-Grün gegen Herdprämie

Bundesrat stoppt
vorerst Betreuungsgeld

Berlin (Agenturen/nd). Die Länder wollen das Betreuungsgeld wieder kippen. Der Bundesrat beschloss mit der Mehrheit der von Sozialdemokraten und Grünen geführten Länder am Freitag, das Gesetz der schwarz-gelben Regierungskoalition noch vor der ersten Auszahlung im August wieder aufzuheben. Nun muss der Bundestag erneut über das Betreuungsgeld abstimmen. Dort hat die Länderinitiative jedoch keine Chance: Union und FDP können die Pläne im Parlament mit der Kanzlermehrheit ablehnen.

Nach geltendem Recht sollen das die sogenannte Herdprämie Eltern erhalten, die ihre kleinen Kinder im Alter bis zu drei Jahren nicht in eine staatlich geförderte Kita geben. Vorgesehen ist eine Zahlung von zunächst 100 Euro, später 150 Euro im Monat.

Die bayerische Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) warf den acht Ländern vor, Wahlkampf zu betreiben. Eltern müssten die Wahl haben, bei ihren kleinen Kindern zu Hause zu bleiben, erklärte sie. Demgegenüber erklärte die rheinland-pfälzische Familienministerin Irene Alt (Grüne), das Betreuungsgeld sei eine falsche Weichenstellung und werde von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt.

SPD, Grüne und Linkspartei wollen die vorgesehenen Mittel stattdessen für den Ausbau der Kinderbetreuung verwenden. Gegen die Zahlung hat das SPD-regierte Hamburg zudem eine Verfassungsklage eingereicht. Seite 4

Irak-Veteran klagt an

Brief eines US-Soldaten zu den Kriegslügen von Bush und Cheney



Foto: AFP/Karim Sahib

Berlin (nd). Frieden behaupteten sie zu bringen, die US-amerikanischen Truppen, als sie vor zehn Jahren, am 20. März 2003, an der Spitze einer »Koalition der Willigen« in Irak einfielen. Auch der Soldat Tomas Young, der jetzt einen aufrüttelnden Brief an seinen damaligen Präsidenten geschrieben hat. Dieser hatte damals das Land und die Region, mehr noch: die gesamte »freie Welt« für gefährdet erklärt, solange Saddam Hussein in Irak Präsident sei. Auf dem Foto – entstanden am

10. April 2003 – ist noch eine Saddam-Statue in Bagdads Zentrum zu sehen, durch das US-Soldaten mit ihrem Militärfahrzeug patrouillieren.

Vielleicht glauben sie in diesem Moment noch an »das Gute« ihrer Mission, gefangen in der Propaganda aus grobschlächtiger Lüge und feingesponnener Halbwahrheit, mit der USA-Präsident George Bush jun. und sein Vize Dick Cheney sie und Hunderttausende ihrer Landsleute in diesen Krieg schickten. Viel-

leicht glauben die Beiden auf dem Bild – falls sie noch leben – noch heute, in ehrenhafter Mission und nicht in einem der schmutzigsten Kriege der Gegenwart gekämpft zu haben.

Viele denken nicht mehr so; ihnen hat die Wirklichkeit dieses Krieges die Augen geöffnet. Einer von ihnen, Tomas Young, hat nun, den Tod vor Augen, sein Vermächtnis formuliert. Es ist eine erschütternde Anklage gegen das Kriegstandem Bush/Cheney.

Tagesthema Seite 2

Gastkolumne

Amerikanischer Raketentraum

Von Otfried Nassauer

Die US-Sicherheitspolitik kennt ihren ganz eigenen »Amerikanischen Traum«: den Glauben, dass die USA ihr Staatsgebiet auch im Atomzeitalter unverwundbar machen können. Heute vor 30 Jahren bekam dieser Traum ein neues Gesicht. Präsident Ronald Reagan verkündete mitten in der Auseinandersetzung um die Aufstellung atomarer Mittelstreckenraketen in Europa ein neues Rüstungsprojekt: SDI, die Strategische Verteidigungsinitiative. Modernste Technik könne es bald ermöglichen, die USA vor einem atomaren Raketenangriff zu schützen. Abschreckung werde künftig nicht nur mit offensiven, sondern auch mit defensiven Mitteln möglich. Eine Kombination aus Weltraumrüstung, Laserwaffen, künstlicher Intelligenz, Raketenabwehr- und Anti-Satellitenwaffen werde das über kurz oder lang ermöglichen. Atomare Waffen würden deshalb langfristig an Bedeutung verlieren.

Reagans Vision ist noch immer lebendig. Der Kern des Projektes, die Raketenabwehr, wird intensiv weiter verfolgt. Weder das Ende des Kalten Krieges noch unbefriedigende Testergebnisse und grundsätzliche Zweifel an technischer Machbarkeit konnten das Projekt stoppen. Zu verlockend war und ist das Versprechen der Unverwundbarkeit. Erste Abfangraketen sind in Alaska und Kalifornien stationiert. Die Republikaner fordern nun eine Aufstellung an der Ostküste. Raketenpotenziale kleiner »Schurkenstaaten« wie Nordkorea oder Iran dienen als Begründung. Zweifel an der Funktionsfähigkeit oder Zuverlässigkeit der Raketenabwehrtechnologie begegnen die Befürworter mit einem Glaubenssatz, der aus der Abschreckungstheorie bekannt ist: Solange der Gegner nicht sicher sein kann, dass die Raketenabwehr nicht funktioniert, muss er so planen, als funktioniere sie.



Otfried Nassauer

Der Autor ist freier Journalist und leitet das Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit.

nd-Foto: Burkhard Lange

Unten links

Eine Woche noch, dann wird eine Armee von Schoko-Osterhasen gnadenlos Kinderzimmer, Nachtschränke und Teppichböden bevölkern. Dann stellt sich wieder die Frage, wie man ein friedliches Zusammenleben organisiert. Restloser Verzehr ist praktisch ausgeschlossen, Adoption führt wiederum zu Loyalitätskonflikten zur nächsten Weihnachtszeit. Im direkten Vergleich zwischen Osterhasen und Weihnachtsmännern ist übrigens der Hase klar im Vorteil – 190 Millionen in Umlauf gebrachte Exemplare stehen 140 Millionen zuletzt produzierten Weihnachtsmännern gegenüber, in der anrollenden Hasenshow-kolade werden die letzten von ihnen ein trauriges Bild abgeben. Bis Ostern werden so viele Hasen verkauft, dass sie eigene Haushalte bilden können. Überleben durch Überproduktion. Irgendwann werden Schoko-Hasen zum Bestandteil der Wohnungseinrichtungen geworden, optisch mit diesen verschmolzen sein. Dann hilft nur noch eins: eine ordentliche Klimaerwärmung. uka

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise Tschechien 65/75 CZK
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-3375



Zypern findet kein Geld

Russland erteilt Hilfesuchen aus Nikosia eine Absage / Troika bleibt hart

Von Simon Poelchau

Wenn bis Montag keine Lösung zur Rettung der zypriotischen Banken gefunden wird, drohen die ersten Pleiten. Troika und Merkel sprechen sich gegen Plan B aus.

Die Lage Zyperns verschärft sich zusehends. Auch am Freitag blieb ungewiss, wie das Land die von der Geber-Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds geforderten 5,8 Milliarden Euro Eigenbeteiligung zur Rettung seiner Banken aufbringen will. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) warnte Nikosia davor, seine Pensionskasse zu verstaatlichen. Unterdessen erklärte Russland die eigenen Verhandlungen über neue Finanzhilfen für Zypern für gescheitert.

Rund 17 Milliarden Euro braucht das Land für die Rettung seiner Banken, die nur noch durch Nothilfen der EZB am Leben gehalten werden. Nach Verhandlungen unter Teilnahme von Vertretern der Eurogruppe sagte die Troika am Samstag zunächst zehn Milliar-

den Euro zu. Dafür sollten zypriotische Bankguthaben mit einer Zwangsabgabe belastet werden. Dies lehnte das Parlament des Inselstaates am Dienstag ab.

Seitdem sucht die zypriotische Regierung verzweifelt nach Alternativen. Nun steht auch ihr am Donnerstag aufgestellter Plan B vor dem Aus. Dieser sah vor, mit Hilfe eines Solidaritätsfonds, bestehend aus Kapital der Kirche, den Goldreserven der Zentralbank und der Pensionskasse des Landes, neue Staatsanleihen auszugeben. Doch dies lehnt die Troika Medienberichten zufolge ab.

Gegen diesen Plan ist auch Kanzlerin Angela Merkel. Eine Verstaatlichung des zypriotischen Pensionsfonds werde Europa nicht mittragen, sagte sie auf einer Sondersitzung der Regierungsfractionen in Berlin laut Teilnehmern. Zugleich warnte sie Zypern, die Geduld der Geldgeber nicht zu testen. Ähnlich äußerte sich FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle: »Es darf nicht zu einer Erweiterung der Staatsschuld kommen.« Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) warnte das Land davor, einen Bankrott zu

riskieren: »Die EZB hat klar angekündigt, wenn es bis Montag keine ernsthafte Aussicht auf ein Programm für Zypern gibt, müsse sie schon aus rechtlichen Gründen die Versorgung der beiden zypriotischen Großbanken mit Liquidität einstellen«, erklärte er heute in »Bild«.

Auch die SPD sprach sich gegen einen Griff in die Rentenkassen aus. »Wenn man die Schuld nur von der einen in die andere Kasse legt, ändert sich dadurch nichts«, sagte SPD-Fraktionsvorsitzender Frank-Walter Steinmeier dem Nach-

richtensender »Phoenix«. Wenn die Europäische Union nicht das Problem löse, werde das nicht nur dem Staate Zypern, sondern »uns allen« schaden.

Unterdessen scheiterten Zyperns Verhandlungen mit Russland. Moskau hatte dem EU-Land bereits 2011 einen Kredit von 2,5 Milliarden Euro gewährt. Der zypriotische Finanzminister Michalis Sarris war am Dienstag mit der Hoffnung nach Russland gereist, im Austausch für den Zugang zu den Gasvorkommen seines Landes weitere Hilfen zu bekommen. »Die Verhandlungen sind beendet«, erteilte Russlands Finanzminister Anton Siluanow dem zypriotischen Hilfesuchen schließlich eine Absage.

Die EZB bereitet nach Berichten des »Handelsblatts« bereits Kapitalverkehrskontrollen für Zypern vor. Auch wenn die Banken am kommenden Dienstag wieder öffnen, sollen Zyperns Bürger für eine längere Zeit nur einen begrenzten Betrag Bargeld abheben können. Angesichts der extrem angespannten Lage wird auf der Insel wieder die Erhebung einer Zwangsabgabe diskutiert.

das wochen nd

REINGEHAUEN!

Porträt der bekanntesten Ost-Schlagzeugerin..... W1

WOHIN MIT EINNAHMEN?

Axel Troost zur Finanztransaktionssteuer..... W6

VOR 80 JAHREN

Ermächtigungsgesetz der Nazis..... W7